



Wähler fragen Sahra Wagenknecht

Zum zweiten Mal tritt die 40-Jährige als Kandidatin für den Bundestag an. 1998 holte sie für die PDS in Dortmund 3,25 Prozent der Erststimmen. Diesmal versucht sie es für die Linken im Wahlkreis Düsseldorf-Süd. Die promovierte Volkswirtin vertritt eine radikale Linie, ist deshalb in ihrer Partei nicht unumstritten.



Helmut Meer

ist Finanzbeamter in Goslar, 58 Jahre alt. Er sympathisiert mit den Linken, seine Meinung deckt sich mit der Partei „nur zum Teil“.



Lore Weise

wohnt in Groß Schwülper im Landkreis Gifhorn. Die 73-jährige frühere Musiklehrerin ist Autorin von drei Braunschweig-Krimis.



Axel Schwacke

ist als Sozialpädagoge und Wohnstättenleiter bei der Lebenshilfe Braunschweig beschäftigt. Er ist 51 Jahre alt.

„Leiharbeit ist eines der großen sozialen Verbrechen“

Linke-Vorstandsmitglied will neue Anreize für Manager, Sozialstandards in der EU und sieht keine Schnittmenge mit SPD und Grünen

Lore Weise: Haben Sie in der DDR nur positive Erfahrungen gemacht, weil Sie noch kurz vor der Wende in die kommunistische Partei eingetreten sind? Haben Ihnen die Montagsdemonstrationen nicht zu denken gegeben?

Ich bin in die SED eingetreten, weil ich das Gefühl hatte, dass die DDR den Bach runtergeht und weil ich die DDR nicht beerdigen, sondern verändern wollte. Ich war kein begeisterter Anhänger einer kapitalistischen Entwicklung, sondern wollte, dass es eine Alternative auf deutschem Boden gibt, die allerdings – und das war ja nun überdeutlich sichtbar – anders sein musste als die DDR. Meine persönliche Situation war 1989 so, dass ich zuhause war, weil ich nicht studieren durfte. Ich habe also mit dem politischen System in der DDR meine Probleme gehabt – erhebliche!

Weise: Sie sind für das kommunistische Gedankengut. Das ist ja an sich auch gut und schön. Aber man hat ja doch erlebt, dass das alles doch nicht funktioniert, denn die kommunistischen Regime sind ja überall zusammengebrochen...

Ich verstehe mich als Kommunistin in der Tradition von Karl Marx und Rosa Luxemburg. Also als jemand, der den Kapitalismus sehr wohl überwinden möchte, aber nicht durch Modelle aus der Vergangenheit, sondern durch eine Wirtschaft mit öffentlichem Eigentum in Kernbereichen, aber natürlich sehr wohl mit bestimmten Marktmechanismen. Die Anreize müssten anders gesetzt sein. Heute hat ein Manager den Anreiz, die Rendite zu steigern, dann verdient er am meisten. Er hat nicht den Anreiz, Arbeitsplätze zu schaffen oder langfristiges Wachstum. Kommunist zu sein heißt für mich, sich nicht abzufinden mit den wirtschaftlichen Machtverhältnissen, wie wir sie heute haben.

Axel Schwacke: Durch die Bankenkrise und die Vorkommnisse bei Karstadt und Opel ist Kapitalismuskritik wieder salonfähig geworden. Gehen Menschen jetzt wieder offener auf Sie als Marxistin zu?

Das ist schon im Vorfeld der Krise passiert. Schon der letzte Wirtschaftsaufschwung war so gestaltet, dass die Mehrheit von ihm nichts abbekommen hat. Das hat für viele zum Hinterfragen des Wirtschaftsmodells geführt. Vier, fünf Jahre Lohnsenkungen, obwohl die Wirtschaft wächst, bringen die Leute zu der Frage: Gibt es keine Alternative? Mit der Krise zeigt sich: Die Versprechungen, die uns die Neoliberalen gemacht haben, dass durch Lohnverzicht mehr Arbeitsplätze entstünden und so weiter, das ist alles nicht aufgegangen.

Helmut Meer: Bei vielen Gemeinden stehen die Staatskommissare als Insolvenzverwalter vor der Tür. Wel-



Sahra Wagenknecht (40)

Die Tochter einer Deutschen und eines Iraners wurde 1969 in Jena geboren. In Ost-Berlin legte sie 1988 das Abitur ab. Ein halbes Jahr vor der Wende trat sie der SED bei. Sie hat zwischen 1990 und 1996 in Jena, Berlin und Groningen Philosophie und Neuere Deutsche Literatur studiert. Von 1991 bis 1995 und 2000 bis 2007 war sie Mitglied im Parteivorstand der PDS beziehungsweise der Linkspartei.PDS. Seit 2007 ist sie im Vorstand der Linken. Im Jahr 2004 zog die seit 1997 verheiratete Sahra Wagenknecht für fünf Jahre in das Europaparlament ein. Dort war sie Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung. In ihrer Partei ist sie Sprecherin der parteiinternen Kommunistischen Plattform und Mitglied der Programmkommission der Linken. Foto: Peter Sierigk

che Auswirkungen hat die öffentliche Überschuldung auf Demokratie und kommunale Selbstverwaltung?

Die öffentliche Verschuldung ist schon etwas, was Demokratie auf Dauer kaputt macht. Die Schulden sind ja nicht aus dem Nichts entstanden. Man hat jahrelang massive Steuergeschenke vor allem an die Reichen gemacht und weigert sich bis heute hartnäckig, die Vermögenssteuer wieder einzuführen. Der Staat hat sich selber verarmt. Ein di-

Meer: Gewerkschaften fordern stets prozentuale Lohnsteigerungen, von denen Besserverdiener ungleich stärker profitieren als Geringverdiener. Machen sich Gewerkschaften mit-schuldig an den prekären Verhältnissen der Geringverdiener?

Das würde ich so nicht sehen. Viele prekäre Verhältnisse kommen daher, dass die Leute überhaupt nicht tariflich bezahlt werden. Ein Grundproblem ist auch die Leiharbeit. Die ist seit der Liberalisierung unter Rot-Grün regelrecht explodiert. Leiharbeiter erhalten in der Regel gerade die Hälfte von dem, was die in dem Betrieb fest Beschäftigten verdienen. Diese Leiharbeits-Liberalisierung ist eines der großen sozialen Verbrechen. Die Tarife der Leiharbeiter werden nicht an einem Tisch mit denen der Festangestellten verhandelt.

Weise: Sie kritisieren Rot-Grün. Würden Sie als Mitglied der Linken mit denen zusammengehen? Wäre Rot-Rot-Grün in ihrem Sinne?

Ich glaube, so, wie zurzeit die SPD aufgestellt ist, aber auch die Grünen, sind das neoliberale Parteien. Die SPD hat ja ohne Probleme mit der CDU die Große Koalition getragen und unterscheidet sich inhaltlich kaum noch von den Schwarzen. So

lange die SPD für Hartz IV steht, für Rente mit 67 und für Kriegseinsätze, ist da einfach keine Schnittmenge mit der Linken da. Und so lange – finde ich – kann es auch keine Koalition auf Bundesebene geben.

Schwacke: Die Bundesrepublik hat als einer der ersten die UN-Konvention für Menschen mit Behinderung unterzeichnet. Die linken Fraktionen haben sich dafür stark gemacht. Haben Sie ein Konzept dafür, wie die Forderungen umzusetzen sind?

Ich bin dafür kein Spezialist. Aber ich denke, Gleichberechtigung für Menschen mit Behinderung setzt zwei Dinge voraus. Das eine ist, dass sie gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Das würde auch Quoten für Unternehmen bedeuten, weil sonst Menschen mit Behinderung immer diejenigen sein werden, die als letzte eingestellt werden. Und das Zweite: Viele Menschen mit Behinderung sind auf das soziale Netz angewiesen. Und gerade mit Hartz IV ist es eine katastrophale Situation. Die Linke kämpft gegen Hartz IV, eine Überwindung würde eine deutliche Verbesserung von Lebensverhältnissen bedeuten. Das geht natürlich noch weiter bis zur Gesundheitspolitik. Es kann nicht sein, dass Kranksein immer

mehr zu einer Sache wird, die man sich leisten können muss. Auch das trifft chronisch Kranke und Behinderte in besonderer Weise.

Meer: Was haben die Bürger und vor allem die Arbeitnehmer von der europäischen Dienstleistungsrichtlinie zu erwarten?

Eindeutig nichts Gutes. Das ist wieder ein Liberalisierungshammer und bedeutet, dass die Erpressungsmacht des Kapitals gestärkt wird. Es ist eine Verstärkung des Trends, dass große Unternehmen Lohndifferenzen und differierende Umweltstandards ausnutzen können, um ihre Profite zu steigern und nationale Standards zu untergraben. Und wenn man darüber redet, muss man auch über den Lissabon-Vertrag reden.

Ich finde, die EU ist völlig falsch aufgestellt. Sie hat sich darauf fixiert, Firmen alle Möglichkeit der Beweglichkeit und Kapitalfreiheit zu geben, aber bis heute keine einheitlichen Sozialstandards entgegengesetzt. Das wäre die am dringendsten notwendige Ergänzung.

Weise: Sie sind für die Beendigung des Afghanistans-Einsatzes. Ist das nicht unsozial den armen afghanischen Menschen gegenüber?

Man soll ja nicht nur die Truppen abziehen. Man muss erstmal konstatieren: Dieser Krieg bringt den Menschen dort nichts. Es ist sehr brutaler, schlimmer Krieg, auch gegen die Zivilbevölkerung. Das schwächt die Taliban nicht, stärkt sie sogar. Sie kriegen Rückhalt, weil die Zivilbevölkerung die Besatzungstruppen als gegen sich gerichtet empfindet. Meine Lösung wäre: sofortiger Abzug der Truppen, und dann sollte man bitte das Geld, das jetzt verschleudert wird für das Militär, in Entwicklungsunterstützung lenken. Den Afghanen dabei helfen, Infrastruktur, Bildungs- und Gesundheitssystem aufzubauen. Der einzige Weg, reaktionären Regimen wie den Taliban den Boden wegzuziehen, ist, dem Land die Möglichkeit zu einem gewissen Wohlstandsniveau zu geben. Das geht nicht durch Krieg.

Schwacke: Es gibt in Deutschland keine großen Protestbewegungen mehr. Die politische Struktur des Widerstandes hat sich sehr verändert. Wie sehen Sie diese Entwicklung?

Es ist ein Problem, dass noch so wenig passiert. Die Interessen der großen Industrien, Banken und Dienstleistungskonzerne sind absolut dominant, die Interessen der Mehrheit der Menschen nicht. Das hat etwas damit zu tun, dass wir eben kaum Widerstand haben. In Frankreich ist es ein bisschen anders, weil die Franzosen viel eher dazu übergehen, politische Streiks bis hin zu Generalstreiks zu organisieren, wenn sie das Gefühl haben, diese Politik macht nicht, was wir wollen. Das sind Druckmittel, die wir auch in Deutschland wieder brauchen. Ich wünsche mir, dass in diesem Land mehr in Bewegung kommt.

Redaktion: Uwe Hildebrandt